

Finanzpolitik: Lautertaler Bürgerliste reagiert auf wiederholte Kritik der Grünen am Haushalt 2017

„Halbgare Aussagen statt Besinnlichkeit“

Lautertal. "Die Politik der Grünen Liste Lautertal (GLL) hat in den fünf Jahren ihrer Regierungsbeteiligung gezeigt, dass finanzielle Seriosität ein Fremdwort für ihre Vertreter ist." Mit dieser Kritik reagiert die Lautertaler Bürgerliste (LBL) auf Vorwürfe der Grünen in dieser Zeitung. Die GLL sieht in der Finanzpolitik der LBL eine unzumutbare Belastung der Bürger durch Gemeindeabgaben. Zudem stelle die Bürgerliste die Finanzlage der Gemeinde verzerrt dar.

Pachteinnahmen aus Windkraftanlagen sollten nach der Vorstellung der Grünen den Haushalt entlasten, erinnert die LBL. "Doch hätte die naturschädliche sowie umwelt- und bürgerunfreundliche Planung nur ansatzweise zur Finanzierung für die von GLL neu eingebrachten freiwilligen Leistungen, etwa den Naturkindergarten, gereicht. Der von der GLL mit vorangetriebene Ausbau der Kinderbetreuung brachte eine bessere Versorgung für die Familien. Allerdings vergaß man offensichtlich, dass dieses Mehr an Leistung auch ein Mehr an Kosten verursacht - und so trieb man die Verschuldung der Gemeinde weiter nach oben."

Bizarr sei der Vorschlag der Grünen, bei den Kindergärten eine Haushaltssperre zu verhängen. "Wenn man berücksichtigt, dass in diesem Bereich 80 Prozent der Kosten Personalaufwendungen sind, bedeutet dies dann, dass ab spätestens November die Erzieherinnen kein Geld mehr bekommen sollen - oder spart man gnadenlos auf Kosten der Gebäudeinfrastruktur?"

Die zur Windkraftnutzung veröffentlichten Zahlen seien "Luftnummern" gewesen. "Um die aus diesem Desaster entstandene Finanzlücke zu kompensieren, waren es SPD und GLL, die 2015 die Grundsteuer A verdoppelt haben - und damit die Besitzer von Acker- und Waldflächen für das eigene Versagen zur Kasse baten. Sieht man sich die Haushaltspläne der Gemeinde Lautertal aus den vergangenen Jahren an, wird klar, dass nie ein positives Ergebnis eingeplant war."

"Neuen Schuldenberg aufgebaut"

Der Schuldenerlass aus dem Rettungsschirm in Höhe von 4,2 Millionen Euro sei wie ein Silvesterböller ohne Knalleffekt verpufft. Die Gemeinde habe - obwohl SPD und GLL die Wasserversorgung sträflich vernachlässigt hätten - einen weiteren

Schuldenberg aufgebaut. Die Gesamtschulden lägen bei rund 17 Millionen Euro, davon 7,2 Millionen Euro als Kassenkredit, die von den Bürgern getragen und zurückgezahlt werden müssten, kritisiert die LBL.

"Diese desolante Situation wurde der Gemeinde im Genehmigungsschreiben zum Haushalt 2016 vor Augen geführt, denn das Regierungspräsidium stuft die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde, insbesondere aufgrund der erheblichen Fehlbeträge aus den Vorjahren und der nicht ausreichenden Erwirtschaftung von Mitteln zur Finanzierung der Tilgungsleistungen, als gefährdet ein. Wie man bei solch klaren Worten von einem Zerrbild sprechen kann, ist uns völlig schleierhaft", schreibt die Bürgerliste in einer Mitteilung.

Die LBL verteidigt die für 2017 beschlossenen Gebührenanhebungen. Nach dem Kommunalabgabengesetz und den Konsolidierungsleitlinien des Innenministeriums seien in den Gebührenhaushalten grundsätzlich die Ausgaben mit Einnahmen zu decken. "Eine Aussage, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt. In den Ausschussberatungen schien es so, als ob die GLL-Vertreter dies verstanden hätten, da sie die meisten Einzelentscheidungen zu Gebührenfragen mittrugen. Allerdings verließ sie dann bei der Gemeindevertreterversammlung der Mut - so dass sie wieder ihre wachsweiße Entscheidungsunfähigkeit zurückfielen", schreibt die LBL.

Der Vorwurf, es seien von LBL und CDU Personalentscheidungen getroffen worden, die den Steuerzahler viel Geld kosteten, "verdreht die Realitäten auf das Übelste", stellt die Bürgerliste fest. Der Stellenplan stamme vom Februar 2016, als die LBL noch gar nicht im Gemeindepärlament vertreten gewesen sei, geschweige denn politische Verantwortung hatte.

"Mehr Heuchelei geht nicht"

"Aufgrund dieses Beschlusses wurde die Personalentscheidung im Gemeindevorstand mit den Stimmen von GLL und SPD umgesetzt. Mehr Heuchelei geht nicht und zeigt nachdrücklich, wie man hier wieder einmal versucht, die Bürger in Lautertal hinters Licht zu führen", heißt es in der Mitteilung.

Für ein gedeihliches Miteinander wäre es nach Meinung der LBL sinnvoller gewesen, "die GLL hätte den Bürgern die Besinnlichkeit und Ruhe an den Weihnachtstagen und zum Jahreswechsel gegönnt, anstatt mit halbgaren Aussagen auf sich aufmerksam machen zu wollen. Während die Finanzämter in dieser Zeit keine Steuerbescheide verschicken, erscheint den um ihre Existenz kämpfenden GLL-Kämpen jeder Strohhalm recht, um peinlichst zu signalisieren: "Hurra, wir leben noch." *tm/red*

© *Bergsträßer Anzeiger*, Dienstag, 03.01.2017

<http://www.morgenweb.de/region/bergstrasser-anzeiger/lautertal/halbgare-aussagen-statt-besinnlichkeit-1.3102572>